



Gesundheit ist keine Ware

Regierungen, die den Hungertod von 24 000 Menschen – *täglich* – ignorieren,
Regierungen, die seit Jahren Kriege führen, Geflüchtete nicht aufnehmen wollen,
Klimaschutzmaßnahmen nicht anpacken,

Regierungen, die Sanktionen gegenüber Staaten nicht aufheben wollen,
Regierungen, die im eigenen Land die öffentlichen Dienste zusammenschrumpfen,
Regierungen, die Armut von Jung wie Alt betreiben und schlechte
Arbeitsbedingungen, die zum vorzeitigen Tod führen, als normal betrachten,
*Diese Regierungen hätten plötzlich ihr großes Herz
für den „Schutz von Menschenleben“ entdeckt?*

Wir stellen fest: *Solche* Regierungen treffen nicht umfangreiche und kluge
Schutzmaßnahmen, sie federn nicht die sozialen Folgen der
Ausgangsbeschränkungen und Schließungen ab.

Es sei denn, der **Druck der sozialen Bewegungen** zwingt sie dazu.

*„Die Schwächsten – Frauen und Kinder, Menschen mit Behinderungen,
Marginalisierte und Vertriebene – zahlen den höchsten Preis.*

*Deshalb rufe ich heute zu einem sofortigen globalen Waffenstillstand in allen
Teilen der Welt auf. Es ist an der Zeit, bewaffnete Konflikte zu beenden und sich
gemeinsam auf den wahren Kampf unseres Lebens zu konzentrieren.“*

Das fordert der Generalsekretär der UNO, Antonio Guterres.

Wir fügen hinzu: **Geld für Gesundheit statt für Rüstung!**

*„Die zunehmende Kommerzialisierung in Verbindung mit der Kürzungspolitik hat
zum systematischen Abbau der öffentlichen Gesundheitssysteme in Europa und zum
Mangel an qualifiziertem Personal in Krankenhäusern, Altenheimen und im
sozialen Bereich geführt...“* erklärt ein europaweites Bündnis von

über 90 Organisationen mit dem Namen „Solidarität verbreiten, nicht das Virus“.

Die Bundesregierung war aber im Rahmen der EU an vorderster Stelle,
um eben Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen
– vor allem in Griechenland und Italien – zu erzwingen.

Das Bündnis hebt hervor: „Die Vorstellung von ‚**Gesundheit für alle**‘ umfasst nicht nur die Vision einer umfassenden Gesundheitsversorgung, die für alle Menschen gleichermaßen zugänglich ist, sondern auch die Vorstellung einer **Welt, die in Harmonie, Gerechtigkeit und Solidarität verwurzelt ist**. Aus diesem Grund **lehnen wir das derzeitige Wirtschaftsmodell der EU ab**, das auf Austerität (also Kürzung der öffentlichen Ausgaben) und nicht auf Solidarität beruht.

Wir fordern eine radikale Neuausrichtung der öffentlichen Mittel hin zu den **Grundrechten der Bevölkerung**, wie z.B. Beschäftigung, angemessene Löhne und Wohnungen, Bildung, Energie, Nahrung und Wasser.“

Zur Finanzierung solcher Vorhaben fordert das europäische Attac Netzwerk in seinen „21 Vorschlägen für eine bessere Zukunft nach Covid-19“ einfach **Steuergerechtigkeit**. Milliarden werden Großunternehmen zur Verfügung gestellt. Aber nicht mal die sehr bescheidene Forderung vom Paritätischen Gesamtverband, DGB und anderen nach einer schnellen und unbürokratischen **Soforthilfe von 100 Euro im Monat** für alle Menschen, die auf existenzsichernde Sozialleistungen angewiesen sind, wird erfüllt!

Viele Menschen entfalten „**Solidarität und Selbstorganisation**“.
„Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass die globale Schockwelle von Covid-19 als die eine „Krise“ zu viel angesehen wird und dass **das derzeitige Regime der Ausbeutung und Zerstörung der Lebensbedingungen auf der Erde gestoppt wird**.“ erklärt das französische Bündnis Covid-entraide.

Eben diese vielfältigen Bewegungen der letzten Jahre, überall in der Welt, insbesondere von Frauen, sollen jetzt eingehegt, eingesperrt, mundtot gemacht werden. Attac Österreich ruft:

„**Lassen wir nicht zu, dass der neoliberale Kapitalismus sich weiter vertieft.**“
„**Nie Wieder**“ rufen Vertreterinnen und Vertreter von Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Verbänden in Frankreich.

Wir stehen an einer Weggabelung. Wie sagt **Naomi Klein**: „Wenn wir durch die Krise auf die Probe gestellt werden, ziehen wir uns entweder zurück und brechen zusammen oder wir wachsen und finden Reserven an Kraft und Mitgefühl, von denen wir nicht wussten, dass wir dazu fähig sind.“

Ziehen wir uns nicht zurück! Entwickeln wir die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen weiter – nicht nur im Bereich Gesundheitswesen – und gestalten wir einen europaweiten Aktionstag im September.

Solidarität verbreiten, nicht das Virus!

<https://attac.hamburg/> - Kontakt: hamburg@attac.de

V. i. S. d. P.: M.D. Vernhes